

Kolumne

## Frau, du sollst gehorchen

Überraschend viele junge Männer vertreten rückständige Meinungen. Was ist denn da los?

Vielleicht haben Sie die Schlagzeilen kürzlich auch gelesen: «Frauen zurück an den Herd? Viele junge Männer stehen auf alte Rollenbilder», schrieb der «Blick». «Jeder dritte Gen-Z-Mann fordert Gehorsam von Frauen», hiess es bei «20 Minuten». Und «Watson» titelte: «Gen-Z-Männer sind konservativer als ihre Grossväter».

Mein erster Gedanke war: Was um Himmels willen ist da los?

Anlass für die Schlagzeilen war eine Studie des Meinungsforschungsinstituts Ipsos mit über 23'000 Teilnehmenden aus 29 Ländern. Demnach finden 31 Prozent der unter 30-jährigen Männer, eine Frau habe ihrem Partner zu gehorchen. Auch fast jede fünfte junge Frau war dieser Meinung.

Auch andere Aussagen erhielten in der Umfrage viel Zustimmung:  
– Ein Mann sollte das letzte Wort bei wichtigen Entscheidungen haben.  
– Es verursacht Probleme, wenn eine Frau mehr verdient als ihr Mann.  
– Ein Mann ist weniger männlich, wenn er sich an der Kinderbetreuung beteiligt.

Diese Resultate lösten bei mir zunächst Schnappatmung aus. Dann dachte ich: Das kann doch nicht stimmen. In meinem Umfeld erlebe ich jedenfalls kaum noch Männer, die meinen, ihnen stehe aufgrund ihres Geschlechts mehr zu als Frauen. Und wenn, sind es meistens ältere Männer, die nichts dabei finden, deutlich mehr als eine Frau in derselben Position zu verdienen, selbst wenn sie besser qualifiziert ist. Oder die meinen, Hausarbeit sei unter ihrer Würde.

Laut der Studie haben aber nicht die ältesten Männer die altmodischsten Meinungen. Im Gegenteil: Je jünger die Befragten, desto konservativer die Haltung. Von den Babyboomern fanden (nur) 13 Prozent, eine Frau habe ihrem Mann zu gehorchen, also deutlich weniger als die Generation Z mit ihren 31 Prozent.

Bedeutet das, Frauen müssen künftig wieder zurück an den Herd, wenn das so weitergeht?

Na ja, ganz so düster dürften die Aussichten nicht sein. Erstens sind Aufgeschlossene immer noch deutlich in der Mehrheit. Zweitens wurden auch Länder wie Indonesien, Indien oder die Türkei befragt, in denen konservative Ansichten deutlich stärker vertreten sind als in Westeuropa. Konzentriert man sich nur auf unsere Nachbarländer (die Schweiz war nicht Teil der Studie), fällt das Resultat weniger konservativ aus.

Trotzdem sollten wir ernst nehmen, dass sich ausgerechnet die Jüngsten am stärksten gegen die Gleichstellung wehren.

Das hat aber womöglich weniger mit Sehnsucht nach dem Patriarchat zu tun als mit Verunsicherung. Und wer unsicher ist, klammert sich gerne ans Bewährte und damit an alte Rollen.

Es ist nachvollziehbar, dass sich junge Männer subjektiv benachteiligt fühlen können, wenn Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen ausgeglichen werden sollen. Es ist auch logisch, dass sich Männer heutzutage weniger privilegiert fühlen als ihre Väter und Grossväter.

Entscheidend ist, ihre Sorgen ernst zu nehmen und ihnen gleichzeitig klarzumachen, dass es nicht darum geht, ihnen et-

was wegzunehmen – sondern die Rollen neu zu verteilen.

Denn am Ende geht es weder um Vorherrschaft noch um «Vorfrauschaft». Sondern um Gleichstellung. Also darum, dass niemand wegen seines Geschlechts am Herd steht – sondern vielmehr, weil er oder sie gerne kocht.

Va Bär &amp; Tal

## DigiDat-Leerlauf deluxe

Die Oberwalliser Gemeinden rüsten beim Datenschutz hoch. Wozu soll das gut sein?

Früher hiess es: Wenn drei Schweizer zusammentreffen, gründen sie einen Verein. Das war einmal. Neu gilt: Wenn wir im Oberwallis ein Problem finden – idealerweise, wenn's keins ist –, dann gründen wir mal einen Verband oder basteln ein grosses Projekt mit allem Drum und Dran. Und geben uns katholischer als der Papst.

Neustes Beispiel ist das Getue rund um das Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung (GIDA). 2008 beschlossen, seit 2011 in Kraft, letztmals 2023 auf Druck von EU und Bundesbern generalrevidiert, treibt der Datenschutz seit Wochen das Oberwallis um, als stünden die Russen mit ihrer Cyber-Artillerie auf der Furka.

Damit wir uns richtig verstehen, liebe Leserinnen und Leser: Ich halte den Datenschutz für wichtig. Im Spannungsfeld zwischen dem Schutz der Personendaten und dem Recht der Öffentlichkeit auf Information und Transparenz braucht es klare, ausgewogene Spielregeln, welche das Persönliche schützen, ohne das Öffentliche zu verheimlichen.

In meinen 52 Jahren als mündiger Bürger ist es mir noch nie untergekommen, dass meine wechselnden Gemeinden unsorgfältig mit meinen Daten umgegangen wären. Umgekehrt hatte ich in den Jahren als Gemeindepräsident keine einzige Reklamation oder Klage auf dem Tisch, wir hätten den Datenschutz verletzt. Was beweist, dass die Mitarbeitenden auf den Gemeindeverwaltungen für das Thema durchaus sensibilisiert sind und sehr wohl wissen, was sich im Datenverkehr gehört und was nicht geht.

Der real grösstmögliche Unflug mit Personendaten ist ohnehin

legal. Denn gemäss dem Gesetz über die politischen Rechte erhalten die Parteien auf schriftliches Gesuch hin das öffentliche Stimmregister mit allen Namen, Vornamen, Adressen, Heimortorten und Geburtsdaten in Kopie oder sogar auf elektronischen Datenträgern geliefert.

«Das GIDA lähmt unsere Behörden», reklamierte die Fraktionsprominenz der Mitte Oberwallis noch im vergangenen Dezember in einer grossräthlichen Motion. Schwarzer O-Ton: «Das Korsett des Datenschutzes schnürt die Behörden in ihrer täglichen Arbeit übermässig ein. Das GIDA wird inzwischen als eines der strengsten Datenschutzgesetze seiner Art angesehen.» Statt diese Fragen mit Nachdruck zu stellen und vernünftig zu lösen, sitzt eine der Urheberinnen des Vorstosses mittlerweile wie Emily auf dem Rolls-Royce auf der Kühlerhaube einer Oberwalliser Deluxe-Datenschutzkarosse.

Angesagt ist nämlich die Gründung des Programms «GRO DigiDat» der Gemeinden der Region Oberwallis. Budgetierte Ausgaben auf Kosten der kommunalen Steuerzahlenden: 390'000 Franken pro Jahr oder 1,560 Millionen Franken für den Vierjahresplan; davon 440'000 Franken für die RWO-Geschäftsstelle und 1,120 Millionen für externe Experten, darunter ein Jurist, ein Datenschutzberater und ein pensionierter Gemeindeglied. Das fünfteilige Organigramm ist bestückt mit einer Träger-schaft, einem Steueraus-schuss, einer Programmleitung und zwei Arbeitsgruppen.

Und wer bezahlt das DigiDat-Gelage? Die Gemeinden selbstverständlich, an allen Urversammlungen vorbei. Die grossen Gemeinden sollen je 20'000 Franken pro Jahr beisteuern, die

mittleren 10'500 Franken und die kleinen 5500 Franken. Etwas Rabatt gibt's, sollten statt 45 mindestens 55 Gemeinden mitmachen. Das mache nur 5 Franken pro Einwohner\*in, verbreiten und betuern die Programm-Verantwortlichen – weit an der Wahrheit vorbei. Tatsächlich würde der Einwohner von Brig-Grös 1.42 Franken bezahlen, die Einwohnerin von Goms 9.13 Franken und jene von Inden 42.30 Franken. So funktioniert Oberwalliser Gemeindegeldsolidarität zwischen Gross und Klein, Berg und Tal. Jene, die absehbar den geringsten Nutzen haben, werden im Verhältnis am stärksten zur Kasse kommen.

Und jetzt fragen Sie vielleicht: Für was alles ist so viel Steuergeld gut? In den Präsentationen wird wohlfeil und schöngefärbt formuliert: für Rechtssicherheit bei der Umsetzung des Datenschutzgesetzes, für kompetente Datenschutzdelegierte, für eine zentrale Anlaufstelle bei allen Fragen der Digitalisierung, für Wissenstransfer, Interessenvertretung und für Innovationsförderung.

Meine Antwort fällt simpler aus: für Wasserkopf und Leerlauf – einmal mehr.



**Denise Jeitziner**  
Die Natischerin Denise Jeitziner, 1978, schreibt als Gesellschaftsjournalistin für die Redaktion Tamedia und lebt in Zürich.  
denise.jeitziner@gmail.com



**Beat Jost**  
1954, ist in Obergesteln aufgewachsen und lebt in Albien.  
bjc.jost@bjewin.ch

## Raiffeisenbanken verlangen Gebühren für Kontokarte

Obwohl die Banken seit Jahren Dienstleistungen abbauen, haben sie kürzlich neue Kartengebühren von 12 Franken jährlich eingeführt.

Mauro Pfammatter

Eine Leserin dieser Zeitung zeigte sich Ende Januar irritiert, als ihre lokale Raiffeisengenossenschaft im Oberwallis ihr ihre Kontokarte verrechnete. Einen Franken pro Monat kostet diese neu – zuvor war sie gratis.

Das sind zwar nur 12 Franken Gebühren jährlich. Trotzdem unverständlich für die Leserin: In ihrer Genossenschaftsregion kann sie nämlich an keinem Schalter mehr Bargeld beziehen, sondern muss dafür an einen Automaten. Die Entwicklung weg vom Schalter hin zum Automaten ist ein Prozess, den nicht nur die Raiffeisenbanken seit Jahren vorantreiben. Viele Banken schliessen einzelne Standorte oder zumindest Schalter und verändern sich hin zu einer Beratungsbank.

So können Kunden von Raiffeisenbanken, die keinen Schalter mehr für Bargeld anbieten, nur noch über den Automaten Cash beziehen. Und dafür müssen sie zwingenderweise eine Kontokarte, die neuerdings kostet, besitzen. Im Falle der Leserin war es so, dass sie ihre noch teureren Debitkarten zurückgeben hatte, um Gebühren zu sparen. Nur, um nun die Kontokarte verrechnet zu bekommen.

Die Oberwalliser Raiffeisenbanken sind auf die konkreten Fragen dieser Zeitung nicht eingegangen. Sie schreiben, dass es bei ihnen in den vergangenen Jahren verschiedene Anpassungen bei den Dienstleistungspreisen gegeben habe. Teils seien Gebühren erhöht, teils aber auch gesenkt oder abgeschafft worden. «Solche Anpassungen ste-



Raiffeisenbanken erheben neuerdings Gebühren für Kontokarten.  
Symbolbild: Keystone

hen im Zusammenhang mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots der Raiffeisenbanken.»

Raiffeisen überprüfe ihre Gebührenstruktur regelmässig und orientiere sich dabei am Marktumfeld sowie an den für die Bank

anfallenden Kosten. Jede Raiffeisenbank sei in ihrer Preisgestaltung autonom. Seitens Raiffeisen Schweiz würden Preisempfehlungen zur Verfügung gestellt, jede Raiffeisenbank entscheide aber selbst, ob sie diese umsetzt.

Das Kundenverhalten habe sich verändert, heisst es weiter. Technologische Entwicklungen und die laufende Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen würden für einen Wandel im Bankgeschäft sorgen. «Einfache Bankdienstleistungen wie Ein- und Auszahlungen werden vermehrt über Bancomaten abgewickelt und immer mehr Kundinnen und Kunden nutzen für ihre alltäglichen Bankgeschäfte das E-Banking. Dies führte zu rückläufigen Schalterfrequenzen.»

Der Entscheid, ob ein klassischer Bankschalter für Ein- und

Auszahlungen geführt wird oder nicht, liege in der Verantwortung der einzelnen Raiffeisenbanken. Die Mitarbeitenden der Raiffeisenbanken würden die Kunden gerne bei Ein- und Auszahlungen am Bancomaten unterstützen.

André Bähler ist Leiter Politik und Wirtschaft bei der Stiftung für Konsumentenschutz. Auf Anfrage schreibt er, die Änderungen der Raiffeisenbank seien zwar rechtlich zulässig, bedeuteten unter dem Strich jedoch eine Verschlechterung des Angebots zulasten der Kunden. Für Bankkunden, die mit dieser «Zwangsgeld» konfrontiert seien, lohne es sich, ab und zu das Preis-Leistungs-Verhältnis der Hausbank mit den Angeboten anderer Banken zu vergleichen.